Beyond the Crisis? – European Transformations. Internationale Tagung, Europa-Universität Flensburg, 19 – 21.05.2016. Tagungsbericht

Kai Eric Berghoff (kai-eric.berghoff@uni-flensburg.de)
Flensburg University, Germany

Die Konferenz „Beyond the Crisis? – European Transformations“, die von Hauke Brunkhorst (Europa-Universität Flensburg/Flensburg), Monika Eigmüller (Europa-Universität Flensburg/Flensburg) und John Erik Fossum (ARENA Centre for European Studies/Oslo) organisiert wurde, beschäftigte sich insbesondere mit zwei Themenkomplexen. Auf der einen Seite ging es um die Frage, inwiefern die aktuellen Krisen Europa in ökonomischer, rechtlicher und politischer Hinsicht verändert haben. Auf der anderen Seite wurde in interdisziplinärer Perspektive darüber diskutiert, wie die negativen Folgen der Krisen behoben werden können. Die Relevanz eines solchen Tagungsthemas ergibt sich aus mehreren Gründen. Erstens zeigen die aktuellen Krisen, dass der institutionelle Rahmen, so Monika Eigmüller in ihrer Eröffnungsrede, eine Ursache dafür ist, dass die Krisen solch einen Umfang annehmen konnten. Zudem kommt die durch das Institutionengefüge angelegte Technokratie an ihre Grenzen. Zweitens wird deutlich, dass es derzeit keine Alternativen zu diesem Modus des Regierens gibt. Weder die Rückkehr zu nationalen Lösungen noch eine realistische Option einer transnationalen Demokratie sind sinnvolle Wege, so dass eine Debatte über andere Möglichkeiten notwendig erscheint.

Insgesamt gab es 22 Beiträge, acht Panels und eine Abendvorlesung sowie zahlreiche spannende Einwürfe und Beiträge während der Diskussionen. Der vorliegende Tagungsbericht bezieht sich jedoch nur auf eine Auswahl von vier Panels und gibt die wichtigsten Aussagen der Abendvorlesung wieder.

Gurminder K. Bhambra (University of Warwick/Coventry) eröffnete die Tagung mit ihrem Beitrag „Postcolonial Europe in Crisis“. Zu Beginn des Vortrages wurde die aktuelle Flüchtlingskrise als moralische Krise in den Blick genommen. Bhambra konzentrierte sich in ihrem Vortrag auf die Ursachen dieses moralischen Versagens und betonte, dass die Flüchtlingskrise nur im Lichte der imperialen Geschichte Europas zu verstehen ist. So sieht sie Europa als Zusammenschluss von Imperien und nicht von Nationalstaaten, was zu einem nach innen gerichteten Kosmopolitismus geführt hat. Dies bedeutet, dass ausschließlich nationale Differenzen innerhalb des europäischen Raumes anerkannt werden. In diesem Kontext hinterfragte sie die These von Europa als Friedensprojekt mit Verweis auf die Kolonialkriege, die zu Beginn der Gründung geführt wurden.

https://doi.org/10.5771/2566-7742-2016-1-39 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Im Rahmen des ersten Panels mit dem Titel „How to cope with the blackmailing power of the economy“ wurden drei Ansätze vorgestellt. Claus Offe (Hertie School of Governance/Berlin) beschäftigte sich mit dem Verhältnis von Markt und Staat. Dabei zeigte er diverse Interdependenzen auf. So betonte er die Rolle des Staates als Marktschaffer und –begrenzer, der allerdings potentiell durch den Kapitalismus bedroht ist, weil dieser die Macht hat das eigene Fundament zu zerstören. So führen etwa zu geringe Steuern dazu, dass Staaten nicht in der Lage sind, die für Märkte notwendige Infrastruktur bereitzustellen. Zu hohe Steuern hingegen ziehen eine Abwanderung von Kapital nach sich.

Ulrike Hermann (TAZ/Berlin) setzte sich in ihrem Beitrag mit der „versteckten Eurokrise“ auseinander. Diese kommt unter anderem in Frankreich und Österreich zum Tragen, die gegenwärtig eine hohe Arbeitslosigkeit aufweisen und Austeritätspolitiken verfolgen. Sie erklärte, dass beide Aspekte auf eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland zurückzuführen sind. Deutschland senkt massiv Löhne und Sozialstandards, um dadurch gegenüber den Mitbewerbern im Vorteil zu sein. Dies führt aber dazu, dass auch in den Nachbarländern eine Abwärtsspirale bei den Löhnen in Gang gesetzt wird. Hermann schlussfolgerte, dass Deutschland deshalb wieder zu einer Politik der Lohnsteigerungen im Einklang mit Produktivitätssteigerungen zurückkehren muss.

Poul Kjaer (Copenhagen Business School/Kopenhagen) schloß das Panel ab und ging auf Ursachen der ökonomischen Probleme in Europa ein. Seine zentrale These ist, dass diese Krise in einem starken Zusammenhang zur Erosion öffentlicher Macht steht. So setzte sich öffentliche Macht zum Beispiel in Form des Staates in den Jahren zwischen 1944 – 1957 durch, die jedoch in Teilen wieder aufgebrochen wurde. Beispiele hierfür sind die Wiederkehr lokalistischer Netzwerke oder nicht funktionierende Verwaltungen. Es handelt sich demnach nicht um eine Krise des Kapitalismus, sondern von Modernität. Er erklärte, dass unter anderem die Troika Lösungen für dieses Problem bringen kann.

Zum Panel III „Integration through conflict“ wurden drei Referate vorgestellt. Stefan Oeter (Universität Hamburg/Hamburg) sprach über die konflikthafte Dimension von Gesetzen. Dabei zeigte er auf, dass der in der EU angewandte Mechanismus der Integration durch Gesetze auch als Integration durch Konflikt angesehen werden kann. Es lasse sich feststellen, dass Gesetze auf Konflikten basieren, solche erzeugen und auch als Konfliktlösungsmöglichkeiten angesehen werden können. Dieser Modus der Integration durch Konflikt ist jedoch nur anwendbar, wenn der Streit nicht zu tief geht.

Stefan Kadelbach (Johann Wolfgang Goethe-Universität/Frankfurt am Main) setzte sich in seinem Beitrag mit der Frage auseinander, wie aus den Konflikten innerhalb der EU etwas Neues entstehen kann und welche Konsequenzen aus der aktuellen Lage zu ziehen sind. Ersteres ist gegenwärtig durch zahlreiche Probleme erschwert. Kadelbach erörterte, dass eines dieser Probleme ist, dass Verantwortliche in der EU Lösungen erarbeiten, die jedoch gegenüber den nationalen Bevölkerungen nicht Rechenschaft ablegen müssen. Dementsprechend ist über Veränderungen wie neue Sanktionsmechanismen gegenüber EU-Staaten und Sicherheits- und Nachbarschaftspolitiken nachzudenken.

Anne Reichhold (Europa-Universität Flensburg/Flensburg) stellte in ihrem Beitrag „Non-social movements“ nach Asef Bayat vor. Diese sind aktionsorientiert, aber forcieren eine Form des stillen Protests, die sich in Alltagsaktionen manifestiert. Zudem basiert ihre Macht auf der großen Zahl ihrer Angehörigen. Als Beispiel nannte sie die Flüchtlinge, die

https://doi.org/10.5771/2566-7742-2016-1-39 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sich an den Grenzen Europas befinden. Sie hob das Machtpotential solcher Gruppen hervor, welches sich darin äußert, dass diese Gruppen in den Medien abgebildet und ihre Forderungen dadurch diskutiert werden.

Der zweite Tag der Konferenz wurde durch eine Abendvorlesung von Fritz Scharpf (Max Planck Institut/Köln) mit dem Titel „Democracy in Europe: Structural Constraints – and Options?“ beendet. In diesem setzte er sich mit den aktuellen Problemen der Eurozone und den Lösungen der EU auseinander. Scharpf erklärte, dass es problematisch ist, dass sich die Eurozone aus divergenten Ökonomien, insbesondere im Nord-Süd-Vergleich, zusammensetzt, aber die Europäische Währungsunion Konvergenz benötigt. Dementsprechend zielt die aktuelle Politik der EU darauf ab, die Staaten des Südens auf den Kurs des Nordens zu bringen, was jedoch nach wie vor nicht funktioniert. Zudem sind dadurch problematische Effekte im Hinblick auf den Input und Output vor allem der südlichen Demokratien und der EU zu verzeichnen. So führt das Handeln der EU im Rahmen der Krise des Euros zu unterschiedlichen Reaktionen der Bevölkerungen in Nord- und Südeuropa. Dies wird aber auf der europäischen Ebene nicht thematisiert. Auf Basis dieser Problemanalyse stellte Scharpf Überlegungen zu Alternativen zur Europäischen Währungsunion vor. Ein Vorschlag ist zum Beispiel die Rückkehr zum Europäischen Währungssystem von 1979.

Das letzte Panel der Konferenz beschäftigte sich mit „Democracy and Capitalism“. Eröffnet wurde es durch einen Beitrag von Mike Wilkinson (Kings College/London), der sich mit dem Thema autoritärer Liberalismus auseinandersetzte. Dieser äußert sich in der aktuellen Finanzkrise in einem Abbau von Demokratie und Rechten auf der nationalen und internationalen Ebene. Laut Wilkinson wird darin das autoritäre Element sichtbar. Das liberale Element zeigt sich an den politischen Handlungen im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise, die auf den Erhalt des gemeinsamen Marktes abzielen.

Im nächsten Vortrag beschäftigte sich Regina Kreide (Justus-Liebig-Universität/Gießen) mit der Frage, ob es eine Alternative zum Kapitalismus gibt, die mit Demokratie besser vereinbar ist. Sie sieht diese in einer Erneuerung des Sozialismus. Dieser neue Sozialismus muss durch eine Anerkennung ziviler Rechte gekennzeichnet sein und sozialistische und demokratische Ideen miteinander verbinden können. Eine Verknüpfung ist unter anderem bei einer Sozialisierung von Märkten von unten gegeben. Ihre Schlussfolgerung lautete deshalb, dass Demokratie den Sozialismus braucht und umgekehrt.

Im darauf folgenden Diskussionsbeitrag setzte sich Stephan Panther (Europa-Universität Flensburg/Flensburg) mit dem Verhältnis zwischen Ungleichheit, Demokratie und Kapitalismus auseinander. Er konnte zeigen, dass die Ungleichheit über einen längeren Zeitraum weltweit zugenommen und durch diese Entwicklung der global agierende Kapitalismus zur Unterhöhlung nationaler Demokratien geführt hat. Daher ist das Verhältnis zwischen neoliberaler Ideologie und Demokratie problematisch, weil staatliches Handeln generell als den Markt behindernder Eingriff angesehen wird. Zudem ist unter anderem der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien eine Folge neoliberaler Globalisierung. Um diesen Tendenzen zu begegnen, muss der Staat wieder das Primat über den Markt zurückgewinnen.

Hauke Brunkhorst (Europa-Universität Flensburg/Flensburg) beschäftigte sich ebenfalls mit der Relation zwischen Kapitalismus und Demokratie, wobei ein besonderer Fokus auf

https://doi.org/10.5771/2566-7742-2016-1-39 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

die Entwicklung dieser Beziehung und der Rolle Europas gelegt wurde. So sind nach dem zweiten Weltkrieg demokratische Wohlfahrtsstaaten entstanden, deren Inklusivität spätestens mit den 70er Jahren mehr und mehr geschwunden ist. So zeigen sich unter anderem eine Zunahme der Ungleichheit und die Problematik, dass die nationalen Wohlfahrtsstaaten im Gegensatz zum Kapitalismus nicht auf die Globalisierung vorbereitet gewesen sind. Die Folgen dieser Entwicklung sind der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien und wachsende politische Ungleichheit. Laut Brunkhorst befördert die EU diese Situation durch ihr Handeln, zum Beispiele indem sie das Ziel der Preisstabilität gegenüber mehr Beschäftigung vorzieht. Die EU muss deshalb eine neue Verfassung sowie ein neues institutionelles Setting erhalten. Zudem ist der Abbau von Ungleichheit in Europa unabdingbar, um Unterkonsumptionskrisen und damit den wirtschaftlichen Kollaps zu verhindern.

Konferenzübersicht:

Eröffnung

Monika Eigmüller (Europa-Universität Flensburg/Flensburg)

Eröffnungsvortrag

Vorsitz: Regina Kreide (Justus-Liebig-Universität/Gießen)

Beitrag: Gurminder K. Bhambra (University of Warwick/Coventry)

Kommentar: René Gabriels (Maastricht University/Maastricht)

Panel I (How to cope with the blackmailing power of the economy?)

Vorsitz: Michaela Christ (Europa-Universität Flensburg/Flensburg)

Beiträge: Ulrike Herrmann (TAZ/ Berlin), Claus Offe (Hertie School of Governance/Berlin), Poul Kjaer (Copenhagen Business School/Kopenhagen)

Kommentar: Gerd Grözinger (Europa-Universität Flensburg/Flensburg)

Panel II (”Greek” crisis, “refugee” crisis, crisis in permanence, and transformations of the public sphere)

https://doi.org/10.5771/2566-7742-2016-1-39 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Vorsitz: Charlotte Gaitanides (Europa-Universität Flensburg/Flensburg)

Beiträge: Andreas Kalyvas (The New School for Social Research/New York), Ulrich K. Preuss (Hertie School of Governance/Berlin), Hans-Jörg Trenz (University of Copenhagen/Kopenhagen), Signe Larsen (The London School of Economics and Political Science/London)

Kommentar: Nikola Tietze (Hamburger Insititut für Sozialforschung/Hamburg)

Panel III (Integration through conflict)

Vorsitz: Klarissa Lueg (Europa-Universität Flensburg/Flensburg)

Beiträge: Stefan Oeter (Universität Hamburg/Hamburg), Stefan Kadelbach (Johann Wolfgang Goethe-Universität/Frankfurt am Main), Anne Reichold (Europa-Universität Flensburg/Flensburg)

Kommentar: Kolja Möller (Johann Wolfgang Goethe-Universität/Frankfurt am Main)

Panel IV (Models of institutional transformations)

Vorsitz: Dragica Vujadinovic (Univerzitet u Beogradu/Belgrad)

Beiträge: Marcelo Neves (Universidade de Brasilia/Brasilia), John Erik Fossum (ARENA Centre for European Studies/Oslo)

Kommentar: Rainer Schmalz-Bruns (Leibniz Universität/Hannover)

Panel V (Institutional transformations)

Vorsitz: Florian Stöckel (European University Institute/Florenz)

Beiträge: Jelena von Achenbach (Justus-Liebig-Universität/Gießen), Augustin Menéndez (Universidad de Léon/Leon), Karl-Heinz Ladeur (Universität Hamburg/Hamburg)

https://doi.org/10.5771/2566-7742-2016-1-39 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Kommentar: Anuscheh Farahat (Max Planck Insitut/Heidelberg)

Panel VI (A democratic Constitutional Revolution?)

Vorsitz: Bernd Sommer (Europa-Universität Flensburg/Flensburg)

Beiträge: Jonathan White (The London School of Economics and Political Science/ London), Markus Padberg (Universität Hamburg/Hamburg)

Kommentar: Peter Niesen (Universität Hamburg/Hamburg)

Abendvorlesung:

Fritz Scharpf (Max Planck Institut/Köln). Democracy in Europe: Structural Constraints – and Options?

Panel VII (Democracy and Capitalism)

Vorsitz: Thore Prien (Europa-Universität Flensburg/Flensburg)

Beiträge: Michael Wilkinson (The London School of Economics and Political Science/ London), Regina Kreide (Justus-Liebig-Universität/Gießen), Stephan Panther (Europa-Universität Flensburg/Flensburg), Hauke Brunkhorst (Europa-Universität Flensburg/ Flensburg)

Kommentar: Florian Rödl (Johann Wolfgang Goethe-Universität/Frankfurt am Main)

https://doi.org/10.5771/2566-7742-2016-1-39 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY